

Einleitung

Bei der Bundestagswahl vom 17. September 1961 verlor die CDU/CSU die absolute Mehrheit, mit der sie seit 1957 regiert hatte. Die FDP erzielte mit 12,8 % ihr bestes Ergebnis bei Wahlen auf Bundesebene, was das Selbstbewußtsein der Liberalen deutlich stärkte. Die CDU/CSU wiederum hatte für die Wahlentscheidung mit dem Slogan „Adenauer, Erhard und die Mannschaft“ auf den seit der „Präsidentenwahlkrise“ von 1959 eingetretenen Autoritätsverlust ihres Vorsitzenden reagiert und auf die Verbreiterung ihrer personellen Kompetenz gesetzt. Beides deutete Tendenzen an, die die Regierungsbildung und das Regieren, ganz zu schweigen von der Leitung der CDU in der vierten Legislaturperiode, nicht gerade erleichterten.

Auch veränderte Rahmenbedingungen machten das Regierungshandeln schwieriger. Die Phase des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg war zu Ende. Die Gesellschaft war im Wandel begriffen, der „Verteilungsstaat“ stieß an erste Haushaltsgrenzen, und die weltpolitische Konstellation verlangte im „Gezeitenwechsel“¹, von der Hochphase des Ost-West-Konflikts zur Entspannungspolitik, nach neuer Orientierung. Würde die Ära Adenauer prolongiert? Wer würde die CDU in den Bundestagswahlkampf 1965 führen? Und wie sollte die Partei den Veränderungen Rechnung tragen?

Der Bundesvorstand der CDU ging in die vierte Legislaturperiode in der Zusammensetzung, die der Bundesparteitag in Karlsruhe am 27. April 1960 nach einer Satzungsänderung beschlossen hatte.² Mit 96,83 % der Delegiertenstimmen war Adenauer erneut für zwei Jahre zum Parteivorsitzenden bestellt worden, hatte sich aber zum erstenmal einer schriftlichen, geheimen Wahl stellen müssen. Trotz der Statutenänderung des § 9, die mit einer Neustrukturierung der Führung einherging, blieb seine Position jedoch unangefochten. Weggefallen waren die drei geschäftsführenden Vorstandsmitglieder – bisher Kurt Georg Kiesinger, Franz Meyers und Gerhard Schröder. Stattdessen wurden vier Stellvertreter gewählt: Theodor Blank, Eugen Gerstenmaier, Kai-Uwe von Hassel und Heinrich Krone. Weitere Vorstandsmitglieder waren: der Bundesschatzmeister, der Bundesgeschäftsführer, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und sein Stellvertreter, die Vorsitzenden der Landesverbände und der besonderen Vertretungen (also Exil-CDU und Oder-Neiße), die Vorsitzenden der Vereinigungen, die Regierungschefs der CDU in den Ländern, der von der CDU gestellte Bundestagspräsident, die Bundesminister der CDU sowie weitere 15 Mitglieder (statt bisher 10), die der Bundesausschuß der Partei zu wählen hatte.³ Neu zum Vorstand zählten als ordentliche Mitglieder nun auch mit vollem

1 Peter SIEBENMORGEN: Gezeitenwechsel. Aufbruch zur Entspannungspolitik. Bonn 1990.

2 Vgl. zum folgenden auch KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 173–208.

3 Vgl. Nr. 16 S. 705.

Stimmrecht die Regierungschefs und die Bundesminister, die bisher ohne Stimmrecht an den Vorstandssitzungen teilgenommen hatten.

Insgesamt umfaßte der Vorstand rund 70 Personen, die alle drei Monate zusammentreten und die Beschlüsse des Bundesparteitages und des Bundesausschusses durchführen sollten. Da die Arbeitsfähigkeit eines so großen Gremiums erfahrungsgemäß beschränkt ist, sah § 10 einen vom Vorstand zu wählenden „engeren Vorstand“ vor, der aus dem Vorsitzenden sowie weiteren 16 Mitgliedern bestehen sollte. Dieser sollte mindestens einmal im Monat zusammentreten und die laufenden Arbeiten erledigen.⁴

Obwohl Adenauer in Karlsruhe mit einer imponierenden Stimmenzahl zum Parteivorsitzenden wiedergewählt worden war, blieb die Frage seiner Nachfolge im Kanzleramt offen. Immerhin war er zu diesem Zeitpunkt bereits 84 Jahre alt. Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Union machte sich das Gefühl breit, es sei nun Zeit für einen Wechsel und neue Gesichter. Dem verbreiteten Wunsch nach Abwechslung und frischem Wind trug der Slogan für den Wahlkampf 1961 Rechnung. War die überwältigende Mehrheit 1957 Adenauer und der Warnung „keine Experimente“ gefolgt, so präsentierte der neue Slogan indirekt Köpfe von politischem Rang hinter und neben dem bewährten „Fuhrmann“ und deutete damit die Frage der Kanzlernachfolge an.

Zwar hatte die Union das Meinungstief von 35 %, in das sie der Mauerbau vom 13. August gestürzt hatte, bei der Bundestagswahl am 17. September 1961 noch einigermaßen auffangen können, doch konnten das Wahlergebnis (CDU und CSU 45,3 %) und der Verlust der absoluten Mehrheit kaum beruhigen. Dem Wahlausgang folgte eine der schwierigsten und langwierigsten Regierungsbildungen in der Geschichte der Bundesrepublik, hatte doch die FDP den Wahlkampf mit dem klaren Ziel geführt, die absolute Mehrheit von CDU und CSU zu brechen und in die Koalition mit ihnen nur zurückzukehren, wenn der „alte Staatsmann durch einen anderen, jüngeren Mann“ ersetzt werde.⁵ Noch in der Wahlnacht hatte Erich Mende, der FDP-Vorsitzende, betont, daß vom Ausgang der Kanzlerfrage viel für die Koalitionsbereitschaft der FDP abhänge.⁶ Diese Linie bekräftigte die FDP-Spitze in ihrer Sitzung vom 19. September 1961.⁷ Damit wurde die Nachfolgefrage zur Koalitionsfrage. Nur von außen diktiert war sie allerdings nicht, sie war auch „hausgemacht“, zumal mit Ludwig Erhard ein potentieller Nachfolger bereitstand.

Die Festlegung der FDP schwächte die Position des von vielen als aussichtsreichsten Nachfolger angesehenen Bundeswirtschaftsministers und provozierte selbst den Adenauer-Kritiker Erik Blumenfeld zu der Bemerkung, es sei unerträglich für eine

4 Nr. 3 a S. 119.

5 Vgl. FDP-Bundesvorstand S. 91.

6 Dazu SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 228.

7 Vgl. FDP-Bundesvorstand S. 78–135.

Partei, sich „von einem Koalitionspartner in Personalfragen Vorschriften machen“ zu lassen.⁸

Die Diskussion um die Kanzlernachfolge war mit der „Präsidentenchaftskrise“ 1959 akut geworden, als es darum ging, einen Nachfolger für Theodor Heuss zu finden. Adenauer hatte vergeblich versucht, Erhard in dieses Amt wegzuloben, um ihn als Kanzler zu verhindern. Kurzzeitig hatte er selbst eine Kandidatur für das höchste Staatsamt erwogen, seine Bereitschaft aber wieder zurückgezogen und dadurch seine Autorität geschwächt, Erhard aber in seiner Popularität gestärkt. Das Ansehen des Wirtschaftsministers wurde auch im Parteienkampf durch eine Annäherung der SPD an die Soziale Marktwirtschaft gestärkt, nachdem sie deren ordnungspolitischen Ziele zunächst heftig bekämpft hatte.

Das Ende der Ära Adenauer zeichnete sich nicht nur im Verlust der absoluten Mehrheit ab. Mit dem Mauerbau in Berlin vom 13. August 1961 schien auch sein deutschlandpolitisches Konzept zu versagen. Daß es richtig war, auf dem Weg der Westintegration letztlich die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit erreichen zu wollen, zeigte sich langfristig erst 1989/90. Seinem populären Kronprinzen traute Adenauer nicht zu, Deutschland erfolgreich durch die Berlin-Krise zu führen. Zu Recht betrachtete er die sowjetische Bedrohung als nicht überwunden. Auch die veränderte außenpolitische Konstellation, der Wechsel von Eisenhower zu Kennedy in den USA und der verstärkte französische Nationalismus unter de Gaulle bestärkten ihn in seiner Überzeugung, nur er könne Deutschland durch diese kritische Phase führen und den Primat der Außenpolitik als Voraussetzung für die Sicherheit der Bundesrepublik aufrechterhalten. Tatsächlich zeigte sich zwei Jahre später, daß „Erhard seine Kanzlerschaft unter einen Primat der Innenpolitik zu stellen gedachte“⁹.

Wie selbstverständlich griff Adenauer in seiner ersten Pressekonferenz am Tag nach der Bundestagswahl erneut nach den Zügeln der Macht. Keiner der Aspiranten um das Kanzleramt wagte es, ihm in die Parade zu fahren, als er dem Vorstand in der Sitzung vom 19. September 1961 klarmachte, daß er es für einen schweren Fehler für die Partei halten würde, wenn er nicht Kanzler bliebe. Kritikern nahm er mit der gleichzeitigen Ankündigung, das Amt nicht für die ganze Legislaturperiode auszuüben, den Wind aus den Segeln. Er werde „etwa in der Mitte dieser vier Jahre“ zurücktreten, „um einem anderen Platz zu machen, damit sich der neue Mann bis zu den Wahlen 1965 einarbeiten kann“.¹⁰ Erhard seinerseits bekräftigte seinen Anspruch nicht, sondern meinte eher larmoyant, er habe vermißt, daß Adenauer ihn als seinen möglichen Nachfolger herausgestellt habe.¹¹

8 Nr. 1 S. 26.

9 Vgl. dazu HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 43.

10 Nr. 1 S. 7; vgl. auch Nr. 1 S. 46.

11 Nr. 1 S. 48.

Adenauer konnte also als Parteivorsitzender und als Kanzlerkandidat in Koalitionsverhandlungen mit der FDP gehen¹², die seit 1956 in der Opposition gewesen war und ihm, den sie eigentlich ablösen wollte, nun aufgrund ihres erfolgreichen Abschneidens mit gestärktem Selbstbewußtsein gegenübertrat. Der fast siebenwöchige Marathon der Regierungsbildung endete mit einem mühsam ausgehandelten Koalitionsvertrag, in dem die Zusage des Bundeskanzlers enthalten war, vor Ablauf der Legislaturperiode zurückzutreten.

Mit Adenauers Kanzlerschaft auf Abruf war auch das Problem verknüpft, wie es mit der Partei weitergehen solle. Kaum eine Vorstandssitzung verging, in der nicht die innere Verfassung der Partei zur Sprache kam. Schon in der zweiten Sitzung, die erst nach Abschluß der langwierigen Verhandlungen mit der FDP einberufen wurde, versuchte der Bundesvorstand, die Weichen für die kommenden Jahre zu stellen. Einhellig war die Meinung, daß sich die Nachkriegszeit ihrem Ende zuneige. Man war sich auch darüber im klaren, daß man auf den gesellschaftlichen Wandel reagieren mußte, wollte man die dominierende Position im Parteispektrum und in der Wählerschaft erhalten, zumal es der SPD mehr und mehr gelang, durch ihren mit dem Godesberger Programm eingeleiteten Kurswechsel das Image des „Bürgerschrecks“¹³ abzulegen und sich zur Volkspartei zu entwickeln.¹⁴ Die Intellektuellen und die meinungsführenden Medien, die zunächst ebenso wie die Opposition die außen-, wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ordnungsvorstellungen der Union bekämpft hatten, vollzogen den Kurswechsel nach, ohne daß sich dies im Meinungsklima positiv für die Union niedergeschlagen hätte. Darauf bezog sich Adenauers Klage, daß „die ganze Kolonne gegen uns marschiert ..., namentlich auch in der Publizistik“.¹⁵ Der Prozeß „einer geradezu penetranten Anpassung der Sozialdemokratie“¹⁶ machte es der Union schwer, sich als die bessere Alternative zu profilieren, wie sie es bis 1961 in den Wahlentscheidungen erfolgreich vermocht hatte. Insbesondere war es der SPD gelungen, ihr Verhältnis zu den Kirchen wesentlich zu verbessern, was mit dazu beitrug, die bislang festgefügteten Wählerbastionen der Union in den konfessionellen Milieus ins Wanken zu bringen. Verstärkt wurde dieser Trend durch die zunehmende Entkonfessionalisierung der Gesellschaft. „Jene traditionellen und weltanschaulichen Bindungen, die in früheren Jahren das Wahlergebnis und die Wahlentscheidung beeinflußt haben, bestehen heute nicht mehr“, stellte Dufhues in einem Ausblick auf die Bundestagswahl 1965 nüchtern fest.¹⁷ Unter anderem wirkte sich auch aus, daß der Vatikan seine bisher eindeutige Position gegenüber der Sowjetunion abgeschwächt hatte. Adenauer traf zweifellos den Nerv der Union

12 Nr. 1 S. 52.

13 So Josef Hermann Dufhues Nr. 18 S. 824.

14 Vgl. Nr. 7 S. 332 f.

15 Nr. 10 S. 472.

16 So Dufhues Nr. 18 S. 824.

17 Nr. 18 S. 824.

mit seiner Bemerkung: „Wenn der Heilige Geist so weit von Rom weggehen sollte, ..., dann wirkt sich das naturgemäß auch bei uns aus“.¹⁸

Kein Wunder also, daß die Sorge um die Zukunft der Partei wie ein roter Faden die Vorstandsberatungen durchzog. Adenauer hatte schon frühzeitig die Zeichen der Zeit erkannt. Seine Hinweise auf den zunehmenden Materialismus und den Werteverfall in der Gesellschaft waren freilich in der Erfolgsphase der Partei auf wenig Resonanz gestoßen. Nach der Bundestagswahl 1961 aber, die der Union nachlassende Zugkraft signalisierte, stimmte der gesamte Vorstand darin überein, daß sich die Partei auf diese Veränderungen programmatisch einzustellen habe. Damit verstärkte sich auch die Diskussion um eine organisatorische Erneuerung der Partei. Noch immer war die CDU eher Wähler- denn Mitgliederpartei. Das konnte sich verhängnisvoll auswirken, sollte einmal die Attraktivität der politischen „Zugpferde“ nachlassen. Solange die Union Wahlen gewann, drängte diese Frage nicht; sie erlangte Bedeutung, als sich Rückschläge abzeichneten. Adenauer hatte den Zenit seines Ansehens überschritten, Erhard war zwar populär, aber in der Partei nicht unumstritten. Die auflebende Reformdiskussion nahm nun eine Richtung, die Adenauer kaum gefallen konnte. Der Bundesvorstand verfuhr zweigleisig: Er beschloß zunächst eine Reform der Parteispitze. Das war von Dufhues schon 1956 angemahnt und auch 1959 bereits von den Landesvorsitzenden beraten worden.¹⁹ Die „Gärung“ im Parteivolk²⁰ verlangte nach einem Ventil und nach neuer Weichenstellung.

Außerdem gab der Vorstand mit Blick auf den Bundesparteitag von 1962 am 11. Dezember 1961 eine Untersuchung über „das geistige und gesellschaftliche Bild der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der CDU“ in Auftrag. Die Aufgabe übernahm das Mitglied des Bundesvorstands, Rainer Barzel. Adenauer selbst, den die Sorge umtrieb, ob die Union aufgrund der Veränderungen seit 1945 „auch in der Zukunft die führende Partei“ bleiben werde²¹, hatte die Studie angeregt. Er beklagte die zunehmende „Materialisierung des gesamten Denkens“ und stellte mit Schrecken fest, daß die Jugend „immer mehr dem Christentum und dem christlichen Gedankengut entfremdet“ werde.²² Insofern reiche das Wort „christlich“ allein für die Orientierung nicht mehr aus.²³ Seine Überzeugung, die Entwicklung der Gesellschaft tendiere zum Säkularismus, wurde durch die Wahlanalyse erhärtet, die Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske in der Sitzung vom 10. Mai 1962 zur Diskussion stellte.²⁴

Barzel deutete bei Vorstellung seiner als „Versuch“ bezeichneten „Fleißarbeit“ – sechs Wochen nach ihrer Abfassung – im Vorstand an, daß in der CDU erhebliche

¹⁸ Nr. 9 S. 409.

¹⁹ Vgl. Nr. 3 a S. 124; Nr. 3 b S. 145.

²⁰ So Franz Meyers Nr. 3 b S. 146.

²¹ Nr. 5 S. 244.

²² Nr. 5 S. 254.

²³ Nr. 5 S. 264.

²⁴ Nr. 5 S. 258–264.

Meinungsverschiedenheiten nicht nur über den gesellschaftlichen Wandel, sondern auch über politisch relevante Fragen bestünden.²⁵ Zu diesem Zeitpunkt hatte die Presse bereits außerordentlich kritisch zu seiner Ausarbeitung Stellung genommen.²⁶

Auch im Vorstand fand sie keine einhellige Zustimmung. Für Adenauer war sie – bei aller Wertschätzung – im Duktus zu „kirchlich“. Dieser Kritik schlossen sich auch andere Diskussionsteilnehmer an. „Unter Gottes Gebot“ wollte Adenauer seine Politik nun nicht stellen.²⁷ Auch hatte er Zweifel, ob die starke Betonung des christlichen Fundaments in Zukunft einen ebenso großen Eindruck auf die Wähler machen würde, wie dies in der Nachkriegszeit der Fall gewesen war.²⁸ Vor allem die „sogenannten Liberalen“ könnten dadurch abgehalten werden, die Union zu wählen. Man sollte in Barzels Ausarbeitung also keinesfalls den Versuch sehen, „eine Art Grundsatzprogramm zu entwerfen“²⁹. Erhard, darauf bedacht, der Sache etwas Gutes abzugewinnen, sah hingegen durchaus die Möglichkeit „gewisser politisch-programmatischer Ableitungen“ für ein Parteiprogramm³⁰, mußte sich aber von Adenauer die Korrektur gefallen lassen, davon solle jetzt keine Rede sein. Nüchtern betrachtet, bedeutete die Diskussion im Vorstand ein Begräbnis erster Klasse für Barzels Studie, auch wenn ihm der Dortmunder Parteitag noch die Möglichkeit einräumte, seine Überlegungen vorzustellen. Die Auseinandersetzung um das „C“ begleitete gleichwohl die Partei bei allen weiteren programmatischen Überlegungen. Adenauers Schlußfolgerung, daß „das Wort ‚christlich‘ noch weiter mit Substanz zu füllen“ sei³¹, blieb auf der Tagesordnung.

Zu den Versuchen, den veränderten politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen, gehörten vor allem großangelegte Kongresse, insbesondere im Bereich der Kulturpolitik. Der erste Kulturkongreß der CDU hatte am 28.–30. November 1960 in Gelsenkirchen stattgefunden und große Beachtung erfahren. Weil es hier einen „gewissen Nachholbedarf“ für die Union gebe³², sollte eine solche Veranstaltung alle zwei Jahre stattfinden. Als Heck bei der Planung für 1962 vorschlug, neben der Berufsbildung auch das Thema „Leibeserziehung, Sport und Spiel“ zu behandeln, reagierte Adenauer verständnislos: „Das ist doch keine Kultur!“ Sinn und Zweck eines Kulturkongresses für die Union sah er darin, „in die intellektuellen und geistig gehobenen Schichten ... einzudringen; denn wir gelten doch in diesen Kreisen – lassen Sie mich das ganz offen sagen – als eine Banausenpartei“³³. Ein Sportforum erschien ihm dafür absolut unangemessen. Heck,

25 Nr. 5 S. 239–244; vgl. auch Nr. 3 b S. 155 f.

26 Vgl. dazu Nr. 5 S. 224 Anm. 32, S. 228 Anm. 34, S. 241 Anm. 54.

27 Nr. 5 S. 250.

28 Nr. 8 S. 365.

29 So Gerhard Stoltenberg Nr. 5 S. 255.

30 Nr. 5 S. 256.

31 Nr. 5 S. 264.

32 So Bruno Heck Nr. 5 S. 265.

33 Nr. 5 S. 266.

der auf seinem Programmentwurf bestand und auf die große öffentliche Resonanz sportlicher Ereignisse verwies, wurde mit beißender Ironie gefragt: „Wollen Sie auf dem Kulturkongreß einen Boxkampf veranstalten?“³⁴ und erhielt den Auftrag, die Sache noch einmal zu überdenken.

Zwei unterschiedliche Vorstellungen über die Parteiaktivitäten trafen in dieser für die Lage der Partei symptomatischen Diskussion aufeinander. Die Strategie, mit einem breiten Themenspektrum und groß angelegten Veranstaltungen möglichst viele gesellschaftspolitische Felder zu bestellen und dort Kompetenz zu zeigen, war dem alten Fuhrmann weniger entscheidend als der Dialog mit jenen Kräften, deren Bedeutung für die politische Meinungsbildung und für zukünftige Wahlentscheidungen außerordentlich hoch einzuschätzen war. Es ging Adenauer dabei letztlich um geistig-moralische Führung. Die Pflege dieser Schicht, deren Affinität zu SPD-Positionen ihm zunehmend Sorge bereitete³⁵, lag ihm deshalb besonders am Herzen; sie als „Pinscher“ zu qualifizieren, wie Erhard es in der Wahlauseinandersetzung 1965 tat, mit negativer Langzeitwirkung für das Bild der Union, wäre ihm bei aller Wahlkampf Härte nicht in den Sinn gekommen. Daß er mit seiner Meinung nicht durchdrang, verleitete ihn zu der resignierenden Feststellung: „Ich liege immer falsch in den Augen und Ohren meiner Zuhörer mit dem, was ich sage“.³⁶

Immerhin führten die Überlegungen zur Bildung einer Kommission, die Vorschläge zur engeren Verzahnung von Partei und Fraktion sowie zur besseren Koordinierung der Arbeit in Bund und Ländern erarbeiten sollte, um die Schlagkraft in der politischen Auseinandersetzung zu erhöhen. Auch die Vereinigungen, die sich in den 50er Jahren formiert hatten, sollten besser in die Parteiarbeit eingebunden werden.

Die Diskussion um inhaltliche und organisatorische Reformen in der Partei hatte damit begonnen. In der Sitzung vom 7. Februar 1962 legte sich der Engere Vorstand auf einen Geschäftsführenden Vorsitzenden fest, von dem eine „feste, klare und mutige Führung“ erwartet wurde. Er sollte nach Adenauers Meinung „möglichst große“ Vollmachten erhalten.³⁷ In zwei Verhandlungsrunden berieten die Landesvorsitzenden in den folgenden Wochen über die Neugestaltung der Parteispitze. In der fünften Sitzung des Bundesvorstands vom 10. Mai 1962 stand ihr Bericht zur Diskussion.³⁸ Es wurde beschlossen, die Position des Geschäftsführenden Vorsitzenden im Statut zu verankern und ein Präsidium zu bilden, das aus dem Bundesvorsitzenden, dem Geschäftsführenden Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und vier weiteren Mitgliedern, also insgesamt sieben Personen, bestehen sollte. Der Engere Vorstand sollte mit der Bildung des Präsidiums entfallen. Diese Vorschläge verabschiedete der Parteitag

34 Nr. 5 S. 267.

35 Nr. 6 S. 272.

36 Nr. 5 S. 267.

37 Nr. 3 b S. 144.

38 Nr. 5 S. 206–217.

am 5. Juni 1962 mit der Neufassung des § 25 der Satzung. Klarheit bestand unter den Delegierten darüber, daß für den Fall eines Verzichts des Bundeskanzlers auf den Parteivorsitz ein Geschäftsführender Vorsitzender nicht mehr benötigt würde, sondern neben dem Vorsitzenden nur noch ein erster und zweiter Stellvertreter statt des Geschäftsführenden Vorsitzenden und seines Stellvertreters zu wählen sei.

Der Dortmunder Parteitag erkor Adenauer erneut zum Vorsitzenden, doch zeigte das Ergebnis von 84,82 %, daß seine Autorität gelitten hatte. Zum Geschäftsführenden Vorsitzenden wurde Hermann Josef Dufhues bestellt, der 90,83 % der Delegiertenstimmen auf sich vereinen konnte. Noch mehr Stimmen erhielt sein Stellvertreter, Kai-Uwe von Hassel, mit 93,63 %. Zu weiteren Mitgliedern wurden Theodor Blank, Eugen Gerstenmaier, Heinrich Krone und Ludwig Erhard gewählt, der so erstmals eine Funktion in der Partei übernahm.

Damit waren die Hauptaspekte der angestrebten Reform miteinander verknüpft: Die Parteiarbeit konnte effizienter werden bei gleichzeitiger Sicherung des konfessionellen Proporz; die Vorbereitung auf die Zeit nach dem Führungswechsel war gewährleistet, und Erhard wurde als potentieller Nachfolger in die Parteistruktur eingebunden. Die Neukonstruktion beendete eine Phase häufiger Umorganisationen der Parteiführung. Schon 1956 hatte Dufhues auf dem Parteitag in Stuttgart auf eine Reform der Bundes-CDU gedrängt und 1960 eine „kompetente, mit Autorität ausgestattete, bewegliche und schnell verfügbare Führungsspitze“ gefordert.³⁹ Zwölf Jahre hatte es seit der Gründung der Bundespartei 1950 gedauert, bis eine Form gefunden wurde, die im wesentlichen – mit der Position des Generalsekretärs (eingeführt 1967 statt des Geschäftsführenden Vorsitzenden) – bis heute Bestand hat.

Dabei fiel Dufhues eine entscheidende Rolle zu. Er sollte in seiner Funktion „wirkliche Führungsaufgaben wahrnehmen“⁴⁰ und mehr sein als nur ein Generalsekretär. Dufhues galt als unabhängiger Kopf – durch seine berufliche Tätigkeit als Notar und Rechtsanwalt war er auf ein politisches Amt nicht angewiesen –, und er hatte sich als hervorragender Organisator, geschickter Verhandlungsführer und scharfer Debattenredner hervorgetan. Er wollte nicht nur der getreue Eckart des Vorsitzenden sein, und dieser wiederum war nicht gewillt, sich aufs parteipolitische Altenteil abschieben zu lassen. In der Folge entwickelte sich aus dieser Konstellation ein Konkurrenzverhältnis, das einer einheitlichen Linie der Partei und ihrer Führung nicht eben zuträglich war. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 1962 kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Adenauer und Dufhues, als dieser diskret das Problem der Kanzlernachfolge ansprach und es in einen engen Zusammenhang mit der Parteireform stellte. Auch als Dufhues ohne Absprache mit dem Vorsitzenden, der in Cadenabbia weilte, für den 27. September 1962 eine Präsidiumssitzung anberaumte, wurde er zurückgepiffen.⁴¹ Adenauer ließ sich also das Heft nicht aus der Hand

39 Zit. nach KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 200.

40 Bruno Heck, zit. nach KOERFER S. 656.

41 Vgl. KOERFER S. 669–672.

nehmen und verbat sich eine schleichende Entmachtung in seinem Amt, obwohl er anfangs durchaus dafür war, den neuen Geschäftsführenden Vorsitzenden mit großen Kompetenzen auszustatten.

Wer also größere Effektivität in der Führungsspitze erwartete, wurde enttäuscht. Während Adenauer auf eine möglichst nahtlose Übereinstimmung von Regierungs- und Parteilinie Wert legte, hielt Dufhues eine politische Verselbständigung der Partei gegenüber Regierung und Bundestagsfraktion sowie eine stärkere Präsenz und Verankerung in der Gesellschaft für unabdingbar. Nach seinen Vorstellungen sollte die Partei unabhängiger von Regierungserwägungen, Koalitionsrücksichten und Zielsetzungen der Bundestagsfraktion werden. Beharrlich arbeitete er daran, die Parteiorganisation auf unterer und mittlerer Ebene zu festigen und die Bundesgeschäftsstelle auszubauen.⁴² Auch die Vermehrung der Ausschüsse, Beiräte und Vereinigungen und die ausdrückliche Ansprache unterschiedlicher Gruppen mit Kongressen diente dem Ziel, die politische Handlungsfähigkeit der Partei zu stärken.⁴³

Die Aufgabe, der Partei mehr Effizienz und Durchschlagskraft zu verleihen, war mühselig. Spektakuläre Erfolge waren Dufhues während der vier Jahre als Geschäftsführender Vorsitzender deshalb auch nicht beschieden. Immerhin konnte er von 1963 bis 1965 eine Steigerung der Mitgliederzahl um 30.000 auf 285.000 verbuchen. Auch gelang ihm der personelle Ausbau der Parteizentrale und die Einbindung von jungen Wissenschaftlern zur Beratung der Parteispitze.

Die Qualifizierung des Parteiapparats und die Differenzierung der Parteistruktur hatten allerdings Nebenwirkungen: Das Eigengewicht der verbreiterten Funktionärs-ebene wuchs und mit ihm der Wunsch nach Partizipation im politischen Geschäft. Der zunehmende Pluralismus von regionalen, konfessionellen und verbandsmäßigen Interessen innerhalb der Partei hatte zur Folge, daß sich verstärkt Wünsche und politische Erwartungen artikulierten, die die Abstimmungsprozesse in der Partei schwieriger und langwieriger gestalteten. Zu dieser innerparteilichen Entwicklung kam ein steigender Einfluß von Interessenverbänden auf politische Entscheidungen, ein größerer Lobbyismus. Das führte dazu, daß in immer stärkerem Maße Partikularinteressen Berücksichtigung verlangten. Ein zügiges und klares Regierungshandeln wurde dadurch erschwert, und auch für die Partei wurde es zunehmend schwieriger, zu einer einheitlichen Linie zu finden und Geschlossenheit zu erreichen.

Vor diesem Hintergrund kam es auf dem 12. Bundesparteitag, der vom 14. bis 17. März 1964 in Hannover stattfand, erstmals in der Geschichte der CDU bei der Besetzung der Führungsriege zu einer Kampfkandidatur gegen den Vorschlag des Vorstands. Gegen den Arbeits- und Sozialminister Blank, der mit seinem „Sozialpaket“ unter schwerem politischen Beschuß stand, schickte die CDA, unterstützt von der

42 Vgl. Nr. 7 S. 328 f.

43 Vgl. dazu SCHÖNBOHM; Dorothee BUCHHAAS: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950–1973 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 68). Düsseldorf 1981.

Jungen Union, ihren Kandidaten Hans Katzer ins Rennen. Beide Parteigliederungen begründeten seine Nominierung mit seiner intensiven Parteiarbeit und seiner stärkeren Verankerung in der CDA. Weil eine Abwahl Blanks als Kritik an seiner umstrittenen Sozialpolitik interpretiert werden konnte, hielt der Vorstand an seinem Vorschlag fest. Obwohl sich dann Blank mit 266 Stimmen gegen Katzer mit 124 Stimmen schließlich durchsetzte, signalisierte das Ergebnis, daß Parteiarbeit für eine starke Minderheit mehr zählte als Leistungen und Verdienste eines Regierungsmitglieds.⁴⁴

Nach dem Parteitag wählte der Bundesparteiausschuß in seiner Sitzung am 26. Mai 1964 15 weitere Mitglieder in den Bundesvorstand. Für den letzten Platz ergab sich Stimmengleichheit von je 59 Voten für Claus-Joachim von Heydebreck aus Schleswig-Holstein und Helmut Kohl aus Rheinland-Pfalz, der schon auf dem Parteitag kandidiert, aber nicht das nötige Quorum erreicht hatte. Daß beide nachrücken konnten, lag an dem plötzlichen Tod von Luise Rehling am 29. Mai, die mit der dritthöchsten Stimmenzahl in den Vorstand gewählt worden war.⁴⁵ Kohl meldete sich in der Sitzung vom 27. November 1964 als „Newcomer in diesem Kreise“, wie er sich selbst am 9. Februar 1965 bezeichnete⁴⁶, direkt nach Adenauer und Erhard zu Wort. Adenauer hatte eingangs bemerkt, es sei eine „allgemeine Mohrenwäsche“ vorzunehmen⁴⁷; Erhard hatte in seinem Bericht zur Lage – entgegen den Tatsachen – sein gutes Einvernehmen nach allen Seiten herausgestellt⁴⁸ und an die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei appelliert⁴⁹, was mit anhaltendem Beifall quittiert worden war. Ein Treffen von hochrangigen CDU- und CSU-Politikern am 19. Mai 1964 in seinem Haus am Tegernsee, das zur Klärung der außenpolitischen Linie der Union dienen sollte, erwähnte er nicht.⁵⁰ Es war ja auch ohne Wirkung geblieben.

Von Erhards Harmoniebeschwörung ließ Kohl sich nicht beeindrucken, sondern gab der kritischen Stimmung im Parteivolk Ausdruck. Kohl verlangte eine intensive inhaltliche Diskussion, um den Eindruck der Führungs- und Konzeptionslosigkeit der Partei zu beenden, wie er vor allem durch die Kontroverse zwischen Atlantikern und Gaullisten in der Öffentlichkeit entstanden war. Dabei sparte er nicht mit scharfen Angriffen gegen Adenauer und Erhard. Dem einen warf er mangelnde Solidarität mit seinem Amtsnachfolger vor⁵¹, dem anderen mangelnde Führungsautorität.⁵² Er setzte sich damit an die Spitze der Kritiker in der Partei und provozierte in der Führung eine heftige und hitzige Auseinandersetzung über die sachlichen Differenzen, die durch eine „zugkräftige, überzeugende Sprachregelung“ nach außen, die der saarländische

44 Vgl. SCHÖNBOHM S. 61 f.

45 Nr. 16 S. 706.

46 Nr. 18 S. 870 f.

47 Nr. 17 S. 737.

48 Nr. 17 S. 750.

49 Nr. 17 S. 751.

50 Vgl. HENTSCHEL S. 489 f.

51 Nr. 17 S. 760 f.

52 Nr. 17 S. 761.

Ministerpräsident Franz Josef Röder verlangte⁵³, nicht zu überbrücken waren. Die Frage, ob denn der Bundesvorstand „im echten Sinn ein Führungsvorstand“ sei, tauchte auf.⁵⁴

Auch bei der Sitzung vom 28. März 1965, bei der es um die inhaltliche Vorbereitung des nächsten Parteitags ging, kamen die Differenzen zwischen Adenauer und Erhard und ihren jeweiligen Gefolgsleuten zum Ausbruch. Die Auseinandersetzung um die Außen- und Europapolitik hatte in der Union nach dem Treffen Adenauers mit dem französischen Staatspräsidenten Ende Juli 1960 eingesetzt. De Gaulle hatte dabei zum Ausdruck gebracht, daß er weniger an eine supranationale Kooperation der EWG-Länder dachte als vielmehr an eine Zusammenarbeit der europäischen Staaten durch regelmäßige Treffen der Regierungschefs. Dies war in der CDU/CSU-Fraktion mit Entrüstung aufgenommen worden. Zu diesem Zeitpunkt konnte Adenauer die Unruhe unter seinen Parteifreunden noch dämpfen. Als de Gaulle jedoch am 14. Januar 1963, wenige Tage vor dem Abschluß des „Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit“ am 22. Januar 1963, des „Herzstücks und Endpunkts der Europapolitik des ersten Bundeskanzlers“⁵⁵, den britischen Beitragwunsch zur EWG brüsk zurückwies und den europäischen Einigungsprozeß vorerst auf Eis legte, brach der Streit in der Partei offen aus. Die Auseinandersetzung zwischen „Gaullisten“ und „Atlantikern“ führte die Union an den Rand einer ersten Krise. Die „Atlantiker“ befürworteten eine atlantische Gemeinschaft mit den USA und der NATO, während die „Gaullisten“ für ein engeres Zusammengehen mit Frankreich und ein Europa plädierten, das zwar eng mit den USA verbunden, aber doch relativ unabhängig sein sollte.

Der Streit wurde auf allen Ebenen ausgefochten: in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, im Bundesvorstand, in dem bis dahin außenpolitische Fragen nie kontrovers diskutiert worden waren, und in zahllosen öffentlichen Stellungnahmen. Dabei ging es nicht nur um eine Option zwischen Frankreich und den angelsächsischen Mächten, die vor allem im Verhältnis zu den USA unter sicherheitspolitischen Aspekten gesehen wurde. Es entstand ein kaum zu entwirrendes Geflecht divergierender Auffassungen in entscheidenden Fragen: Probleme der Außenpolitik im Zeichen der Entspannung, unterschiedliche Einschätzungen französischer bzw. amerikanischer Zuverlässigkeit und Europa-Vorstellungen verquickten sich mit Problemen der Wirtschafts- und Handelspolitik und mit der Suche nach nationaler Identität. Nicht zuletzt handelte es sich um einen innerparteilichen Machtkampf um den Kurs und die künftige Führung in der Union.

Erhard, der ungeliebte Nachfolger, und vor allem Außenminister Schröder und Verteidigungsminister von Hassel waren Protagonisten der einen, Adenauer, Dufhues

⁵³ Nr. 17 S. 776.

⁵⁴ Nr. 17 S. 769; Nr. 19 S. 895.

⁵⁵ Vgl. dazu Rudolf MORSEY: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969 (Oldenbourg-Grundriß der Geschichte 19). 3. Aufl. München 1995 S. 68.

und Franz Josef Strauß sowie Bruno Heck, Paul Lücke und Eugen Gerstenmaier⁵⁶ der anderen Richtung.

Gewiß war die deutsch-französische Aussöhnung wie die enge Kooperation beider Länder ein Herzensanliegen Adenauers. Unkritisch gegenüber de Gaulle war er deshalb keineswegs. Am 22. September 1960 hatte er im Bundesvorstand besorgt geäußert: „Frankreich ist seit einigen Monaten in der ganzen Politik ein sehr unberechenbarer Faktor geworden“.⁵⁷ Und am 7. März 1962 meinte er, „das Verhalten Frankreichs gegenüber den anderen Westmächten einfach nicht mehr verstehen“ zu können.⁵⁸ Doch bei allem zwischenzeitlich geäußerten Unverständnis hatte die besondere Pflege des deutsch-französischen Verhältnisses für ihn höchsten Stellenwert – auch nach seinem Ausscheiden aus dem Kanzleramt.

Seine Sicht der Dinge war weiterhin klar konturiert. Trotz aller Entspannungstendenzen ging er von einer anhaltenden sowjetischen Bedrohung aus und forderte Stetigkeit in der Politik. Seine Hauptsorge blieb, Deutschland könne in die Isolation geraten, wenn Frankreich sich der Sowjetunion nähere. „Wenn ich tot bin, dann ist mir das andere egal ... Ich habe zu sorgen für unseren Hals, den deutschen Hals“.⁵⁹ Erhard zeigte sich über den Verlauf der Debatte „einigermaßen entsetzt“.⁶⁰ Seine Sicht war eine andere. Den „erstarrten Gegensatz zwischen Ost und West“ gebe es nicht mehr, was Adenauer zwar nicht bestritt, aber in seiner Einschätzung nicht wankend machte, daß die Lage nach wie vor gefährlich sei.

Angesichts der andauernden Kontroversen ließ Adenauer es offen, ob er auf dem bevorstehenden Parteitag reden werde. Eindringlich hatte Dufhues im Vorstand zur Einigkeit vor der anstehenden Bundestagswahl aufgefordert: „Jedes Wort, was nachteilig ist, muß unterbleiben“.⁶¹ Selbstverständlich konnte es einen Parteitag ohne Grundsatzrede des Parteivorsitzenden nicht geben. Seine Ausführungen vor den Delegierten blieben aber moderat. Es sei Erhard am 4./5. Juli 1965 gelungen, „die Wolken, die sich damals (er bezog sich auf die Situation im Frühjahr) erhoben hatten zwischen unseren beiden Völkern, zu beseitigen. Aber, meine Freunde, auf diesen guten Anfang, auf diesen ausgezeichneten Anfang sind nicht die entsprechenden Taten gefolgt.“⁶² Ohne Sticheleien ging es also nicht ab, und auch der Außenminister bekam das zu spüren: „Einige Politiker können nämlich vieles von dem verderben, was bei den Völkern aus sich heraus gewachsen ist.“⁶³ Jeder wußte, wen er meinte, auch wenn er Gerhard Schröder namentlich nicht erwähnte. Die Replik Erhards ließ nicht auf sich warten. Verklausuliert verteidigte er seine und des Außenministers Politik und sprach

⁵⁶ Vgl. GERSTENMAIER S. 515.

⁵⁷ Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 813.

⁵⁸ Nr. 4 S. 166.

⁵⁹ Nr. 19 S. 900.

⁶⁰ Nr. 19 S. 897.

⁶¹ Nr. 19 S. 880.

⁶² Vgl. CDU, 13. Bundesparteitag S. 25.

⁶³ EBD. S. 27.

die Hoffnung aus, es werde sich alles zum Guten wenden.⁶⁴ Von der Rhetorik Erhards nur überdeckt, schwelten die Differenzen jedoch weiter. Erst dem Nachfolger Erhards im Kanzleramt, Kurt Georg Kiesinger, gelang es, das Optionsdilemma zwischen den USA und Frankreich, in das die Bundesregierung und die CDU nach 1963 geraten waren, zu entschärfen.⁶⁵

Die Forderung Kohls, bei einer gemeinsamen Sitzung von Bundes- und Fraktionsvorstand mit den Kontrahenten – in erster Linie Schröder, Gerstenmaier, Strauß und Karl Theodor Frhr. von und zu Guttenberg – eine außenpolitische Debatte zu führen, um die Kontroversen auszuräumen, und danach gegen jeden, der „noch aus der Reihe tanzt, ein Exempel zu statuieren“⁶⁶, wurde von Adenauer mit dem Argument abgeblockt, über die „ernstesten außenpolitischen Fragen“ könne man in einem so großen Kreis wegen der zu erwartenden Indiskretionen nicht diskutieren. In diesem Punkt, dem auch Gerhard Stoltenberg beipflichtete⁶⁷, war er sich mit Erhard einig⁶⁸. Kohl gab dennoch nicht auf und forderte in der nächsten Sitzung erneut mehr Zeit zur Diskussion inhaltlicher Fragen, ohne allerdings das große und damit doch recht schwerfällige Gremium dazu bewegen zu können, seine Informations- und Integrationsfunktion für die Gesamtpartei in Richtung von Willensbildung und Entscheidungsfindung zu ändern.

Auch in innenpolitischen Fragen gab es heftige Auseinandersetzungen, die meist von der schwierigen, für großzügige Zugeständnisse kaum mehr Raum lassenden Haushaltslage diktiert wurden. Die Finanzen gerieten zunehmend unter den Druck wachsender Ausgaben für die Bundeswehr, für Berlin, für Verkehr und neue Aufgaben, wie etwa die Entwicklungshilfe. Der „Verteilungsstaat“ stieß an erste Grenzen. Schon in der ersten Sitzung wurde die Frage behandelt, wie der Ausgleich des Bundeshaushalts zu bewerkstelligen sei. Dahinter verbarg sich das stets latente Problem des Bund-Länder-Verhältnisses im Hinblick auf eine angemessene Verteilung des Steueraufkommens. Es ging in dieser Frage aber nicht allein um Haushaltspolitik, sondern auch um die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern im Bereich der Kulturpolitik. Der Engere Vorstand befaßte sich in diesem Zusammenhang am 7. Februar 1962 mit der als unabweisbar angesehenen Finanzreform, am 7. März 1962 kam es darüber im Gesamtvorstand zu einer kontroversen und teilweise hitzigen Debatte. Ausgangspunkte waren der noch unausgeglichene Haushalt für 1962 und die absehbare negative Entwicklung für das Haushaltsjahr 1963 sowie der Vorschlag von Hessen, wonach der Bund 3 % mehr an der Einkommen- und Körperschaftssteuer als bisher erhalten sollte. Dieses Entgegenkommen eines SPD-geführten Landes hätte zwar die Finanzprobleme des Bundes für 1962 gelöst, aber – so wurde befürchtet –

64 EBD. S. 35.

65 Dazu Günter BUCHSTAB: Zwischen „Zauber und Donner“. In: LOTH/PICHT S. 95–107.

66 Nr. 17 S. 804.

67 Nr. 16 S. 728.

68 Nr. 16 S. 718 f.

durch die auf zwei Jahre angelegte Regelung die CDU-geführte Bundesregierung aufgrund der zu erwartenden weiteren Herausforderungen für das Jahr 1963 vor noch größere Probleme gestellt. Der Vorstoß Hessens wurde also als Mogelpackung und als „Beitrag zur psychologischen Wahlkampfvorbereitung der Sozialdemokraten“ eingestuft.⁶⁹

Im Streit darüber, wie in dieser Frage zu verfahren sei, gerieten Adenauer und die anwesenden Ministerpräsidenten Kiesinger und Peter Altmeier heftig aneinander. Für den Bundeskanzler und Parteivorsitzenden stand der Aspekt des Schadens oder Nutzens für die Partei im Vordergrund. Er drängte auf eine einheitliche Linie der Union vor der bevorstehenden Bundestagsdebatte: „Lassen wir doch jetzt einmal politisch reden“ und hielt seinen Kontrahenten entgegen: „Wir müssen eine Parteimeinung haben und nicht ein Dutzend“⁷⁰. Außerordentlich ärgerte ihn zudem, daß von den sechs CDU-Ministerpräsidenten nur zwei anwesend waren, was er angesichts bevorstehender Landtagswahlen „ungeheuerlich“⁷¹ und „bezeichnend für das Interesse an unserer Partei“ fand. „Ich bin darüber geradezu erschüttert“⁷² – übrigens glänzte auch Erhard durch Abwesenheit.

Kiesinger und Altmeier sahen sich vor die unlösbare Alternative gestellt, Parteidisziplin zu üben und den vom Vorsitzenden als Parteimeinung definierten Vorstellungen zu folgen oder die Loyalität in der Front der Länder gegenüber dem Bund zu wahren und ihrer Verantwortung gegenüber ihren Landesparlamenten Rechnung zu tragen. Man einigte sich schließlich darauf, die Bundestagsfraktion zu bitten, keinen eigenen Beschluß zu fassen, sondern in kleinem Kreise weiterzuverhandeln.

Das gespannte Verhältnis zwischen Bund und Ländern besserte sich erst, als nach langwierigen Verhandlungen im November 1963 eine umfassende Finanzreform verabschiedet werden konnte. Die Vereinbarung sah vor, daß der Bund ab 1964 39 %, d. h. ein Prozent mehr als bisher von der Einkommen- und Körperschaftssteuer erhalten sollte. Auch ein Bund-Länder-Abkommen zur Förderung von Wissenschaft und Forschung, das im Juni 1964 zustande kam, regelte einen weiteren Streitpunkt dadurch, daß der weitere Ausbau der Hochschulen nun gemeinsam finanziert wurde.

Ein weiterer Konfliktherd ergab sich mit den Gesetzgebungsplänen des Sozialpakets. Im Koalitionsabkommen 1961 war eine Krankenversicherungsreform festgehalten worden, die in der dritten Legislaturperiode nicht zum Abschluß gekommen war.⁷³ Die Bundesregierung wollte „den Entwurf eines Gesetzes zur Reform der Krankenversicherung vorlegen. Die Krankenversicherungsreform muß zu einer Stärkung der Selbstverantwortung führen. Der Reformentwurf wird für die Fragen der

69 Nr. 4 S. 194.

70 Nr. 4 S. 196.

71 Nr. 4 S. 179.

72 Nr. 4 S. 191.

73 Zum folgenden vgl. auch Ursula REUCHER: Reformen und Reformversuche in der gesetzlichen Krankenversicherung 1956–1965. Diss. Köln 1998.

Kostenbeteiligung ... neue Vorstellungen enthalten. Im Rahmen des Reformwerkes sind die Mängel des geltenden Lohnfortzahlungsgesetzes zu beseitigen“⁷⁴. Diese Vereinbarung, ein Junktim zwischen Krankenversicherungsreform und Lohnfortzahlung, stieß sofort auf den Widerstand der Arbeitnehmervertreter der CDU, deren Wortführer Hans Katzer war. Waren schon in der dritten Legislaturperiode die divergierenden Interessen innerhalb der Union, aber auch der Verbände und der SPD-Opposition, aufeinandergeprallt, so erschwerten jetzt zusätzlich die abweichenden Vorstellungen des Koalitionspartners FDP eine Konsensfindung.

Der Bundesarbeitsminister sah sich vor eine fast unlösbare Aufgabe gestellt. Zunächst versuchte er, einen Ausgleich innerhalb der Union zu finden, was schon problematisch genug war. Noch schwieriger gestaltete sich die Abstimmung mit der FDP. Schien im Frühjahr 1962 eine Einigung über das strittige Thema der Lohnfortzahlung erreicht, so wurde die Höhe der Selbstbeteiligung bei der Krankenversicherung zum Streitpunkt. Auch die Kindergeldfinanzierung, die von der Wirtschaft auf den Bund verlagert werden sollte, um der FDP entgegenzukommen, bildete ein Konfliktfeld. Der Familienminister forderte nachdrückliche Leistungsverbesserungen beim Kindergeld, aber dem Bundesfinanzminister fehlten die Mittel. Die Kompromißlösung des sogenannten Sozialpakets wurde durch das Bundeskabinett am 31. Oktober 1962 verabschiedet⁷⁵, als die FDP-Minister wegen der „Spiegel-Affäre“ und einer parteiinternen Sitzung nicht anwesend waren. Da aber auch der Bundesrat dem Sozialpaket, wenn auch mit einer Reihe von Änderungsanträgen, grundsätzlich zustimmte, war zwar die erste parlamentarische Hürde genommen, aber die FDP betrachtete durch den Rückzug ihrer Minister aus dem Kabinett die Koalitionsvereinbarung von 1961 für nichtig. Damit stand man wieder am Anfang.

Im Bundestag verlangte nicht nur die SPD einschneidende Veränderungen des Gesetzespakets, auch die FDP brachte massive Einwände vor. Hinzu kam – nachdem nun nicht mehr in kleinen Gremien und hinter verschlossenen Türen beraten wurde – die Kritik der Verbände und öffentlicher Protest. All das führte zu Verunsicherungen bei der Union, insbesondere bei den Sozialausschüssen, die nun gegen einen sozialpolitischen Richtungswechsel im Sinne von mehr Eigenbeteiligung, wie er im Sozialpaket Blanks angelegt war, mit zunehmender Härte opponierten. Strittig blieben vor allem die Höhe der Versicherungspflichtgrenze (CDU/CSU DM 850,-; FDP DM 750,-) und die Form der Selbstbeteiligung. Auch der Mittelstandskreis der CDU brachte mit dem Ziel, die Wirtschaft zu entlasten, eigene Vorstellungen zur Lohnfortzahlung ein. Bei derartigen Differenzen innerhalb der Union sah die FDP keinerlei Veranlassung zu weiterem Kompromißverhalten.

Erst Ende September 1963 konnte sich die CDU/CSU-Fraktion auf eine einheitliche Linie einigen.⁷⁶ Infolge des Kanzlerwechsels geriet das Sozialpaket allerdings

⁷⁴ Zit. nach REUCHER S. 192.

⁷⁵ Vgl. Nr. 11 S. 516 Anm. 36.

⁷⁶ Dazu REUCHER S. 227.

wieder in das Räderwerk von Koalitionsvereinbarungen. Im Prinzip war es damit gescheitert. Erst jetzt befaßte sich der CDU-Bundesvorstand ausführlich mit den Gesetzesvorhaben, wobei bereits der Eindruck aufkam, daß „wir die Zeche auf der ganzen Linie bezahlen müssen, wenn das Sozialpaket wegen wechselnder Mehrheiten nicht mit unserem Koalitionspartner durchgezogen werden kann“.⁷⁷ Anderer Meinung war Erhard, der immer noch hoffte, mit gutem Willen und der „Herstellung personaler Beziehungen“ zwischen den Beteiligten eine Lösung finden zu können.⁷⁸

Blank versuchte mit Warnungen vor einer Gefälligkeitsdemokratie zu retten, was nicht mehr zu retten war.⁷⁹ In den Verhandlungen kam er den Freien Demokraten im Januar/Februar 1964 so weit entgegen, daß ein Aufschrei durch die Reihen der Union ging. Eine Mehrheit in der eigenen Partei war nicht mehr zu finden. Die Sozialausschüsse legten dem Minister sogar den Rücktritt nahe.⁸⁰ Die unterschiedlichen Standpunkte prallten in der Vorstandssitzung vom 25. Februar 1964 hart und unversöhnlich aufeinander. Nach den Beratungen⁸¹ blieb nur noch die Einigung auf die Regelung der Kindergeldfrage übrig, womit das Sozialpaket in Einzelgesetze zerfiel.

Zwar beschloß der CDU-Parteitag in Hannover, das Junktim von Krankenversicherungsreform und Lohnfortzahlung beizubehalten. Schon bald ging es aber nur noch darum, wie das Lohnfortzahlungsgesetz verabschiedet werden könne. Auch wenn die CDU/CSU bis zum Frühjahr 1965 noch an die Möglichkeit einer Teilreform glaubte, die FDP spielte nicht mit. Wegen des Vermögensbildungsgesetzes versprach schließlich Erhard der FDP und den Arbeitgeberverbänden, auf das Lohnfortzahlungsgesetz zu verzichten.⁸² Damit war das Sozialpaket endgültig begraben.

Die „Spiegel-Affäre“ beschäftigte den Bundesvorstand in zwei kurz aufeinanderfolgenden Sitzungen am 22. November und 3. Dezember 1962. In Reaktion auf einen Artikel des „Spiegel“-Redakteurs Conrad Ahlers („Bedingt abwehrbereit“) hatte die Bundesanwaltschaft die Verhaftung des Herausgebers und mehrerer Redaktionsmitglieder sowie die Durchsuchung der Redaktionsräume am 26./27. Oktober 1962 veranlaßt. Die Koalition geriet unter Dauerbeschuß der Medien, die in den Maßnahmen der Bundesregierung und Bundesanwaltschaft einen Angriff auf die Pressefreiheit sahen. Am 19. November zog die FDP ihre Minister aus dem Kabinett zurück. Während Adenauer von einer „Vertrauenskrise“⁸³ sprach, sah Lücke das Volk gar am Rande einer Staatskrise⁸⁴, und Dufhues war in ernster Sorge um die Grundlagen der Demokratie⁸⁵, der Stabilität in Europa, aber auch der Partei⁸⁶.

77 Nr. 12 S. 541.

78 Nr. 12 S. 532.

79 Nr. 13 S. 592 f.

80 Nr. 14 S. 651.

81 Nr. 14 S. 649.

82 Vgl. REUCHER S. 241.

83 Nr. 8 S. 359.

84 Nr. 8 S. 366.

85 Nr. 7 S. 299–301.

86 Nr. 8 S. 356.

Der Versuch Adenauers, die Affäre mit dem Hinweis auf die anhaltende sowjetische Bedrohung und die insgesamt besorgniserregende Weltlage (Verschärfung der Berlin-Krise und Eskalation der Kuba-Krise) in den Hintergrund zu drängen, verfiel ebensowenig wie seine Kritik an der mangelnden Verteidigungsbereitschaft der Europäer, die zwar „mit der Nase ganz dicht dran“ seien, aber so täten, „als wenn sie so sicher wären wie in Abrahams Schoß“⁸⁷. Die Vorstandsmitglieder verlangten, eingehend informiert zu werden und äußerten heftige Vorwürfe gegen die mangelhafte Informationspolitik der Regierung. Brentano verweigerte sogar seine Mitwirkung an einer Resolution, solange die Details nicht im einzelnen bekannt seien.⁸⁸

An den Rückzug der FDP-Minister knüpften sich Überlegungen zu einer anderen Koalitionsbildung und zur Änderung des Wahlrechts. Ausführlich berichteten Lücke und Guttenberg über ihre Sondierungen bei Herbert Wehner, dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden.⁸⁹ Die Meinungen über diese „Fragen von ungewöhnlicher Bedeutung für unsere Partei und für unser Land“, wie Adenauer ausführte⁹⁰, waren geteilt. Blank, der die FDP als „unzuverlässigen“ und „lästigen Partner“ keineswegs schätzte⁹¹, sprach sich trotzdem energisch gegen ein Mehrheitswahlrecht aus, weil es nur der SPD nützen würde. Auch andere waren dagegen, ja sogar „konsterniert“ über die Sondierungen mit der SPD und die Änderungspläne zum Wahlrecht. Gerstenmaier, der „Chefideologe der Partei“⁹², fragte sogar in diesem Zusammenhang ganz grundsätzlich nach dem Gehalt des „sozialen Rechtsstaats“, da „das Risiko einer Koalition mit der SPD schwerer kalkulierbar (sei) als das einer Koalition mit der FDP“ und Richtung wie inhaltliche Orientierung der Union davon nachhaltig beeinflusst würden.⁹³ Trotz seiner Einwände konnte der Vorstand nur noch grünes Licht zu einer Verhandlungsführung nach beiden Seiten geben, wie sie im kleinen Kreis am 27. November 1962 und auch in der Bundestagsfraktion nach erregten Diskussionen beschlossen worden war.⁹⁴

Die Möglichkeit einer Koalition mit der SPD und die Einführung eines anderen Wahlrechts spielten in der Sitzung vom 14. März 1963 noch einmal eine Rolle. Da aber am 13. Dezember 1962 die Umbildung der Bundesregierung mit der FDP abgeschlossen worden war, hatte sich der Wind gedreht. Zwar war Adenauer nach wie vor der Überzeugung, ein Mehrheitswahlrecht würde „die CDU davor bewahrt haben, in Splitterparteien auseinanderzufallen“, meinte aber gleichzeitig, „daß eine

87 Nr. 7 S. 320.

88 Nr. 7 S. 323.

89 Vgl. Nr. 8 S. 366–376; Ulrich WIRZ: Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition (Oberfränkische Köpfe 4). Diss. Grub am Forst 1997 S. 197–237.

90 Nr. 8 S. 357.

91 Nr. 8 S. 378.

92 Nr. 5 S. 229.

93 Nr. 8 S. 390 f.

94 Vgl. SCHWARZ: Bundesrepublik 3 S. 274 f.

große Koalition CDU/CSU–SPD für unsere Partei ein Verderben wäre und daß wir diesen Weg niemals einschlagen dürfen“.⁹⁵ So hatte er sich Wochen zuvor nicht ausgelassen.

Bei den Verhandlungen um die Regierungsumbildung hatte er – wohl unter dem Druck der Verhältnisse – erklärt, daß er beabsichtige, nach den Parlamentsferien 1963 als Bundeskanzler zurückzutreten.⁹⁶ Die besten Aussichten, ihn zu beerben, hatte nach wie vor Ludwig Erhard, obwohl Adenauer ihn mit allen Mitteln aus diesem Amt fernzuhalten suchte. Erhard galt als zugkräftige Wahllokomotive für die CDU und als Garant für die Fortsetzung der Koalition mit der FDP, und so waren die Chancen, seine Kanzlerschaft zu verhindern, nach den Turbulenzen um einen Koalitionswechsel äußerst gering. Am 22./23. April 1963 fiel in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU die Entscheidung zugunsten Erhards.⁹⁷

Der Bundesvorstand wurde offiziell am 26. April von der Nominierung Erhards unterrichtet. Adenauer konnte nicht umhin, sich über die Schnelligkeit des Prozesses überrascht zu zeigen. Er verhehlte nicht, daß er „anderer Anschauung war“. Immerhin sicherte er aber seinem potentiellen Nachfolger zu, daß er ihm „mit ganzer Kraft zur Verfügung stehe mit meinen Kenntnissen und Erfahrungen“ und gab der Erwartung Ausdruck – gewissermaßen als sein politisches Testament –, daß die „Stetigkeit der deutschen Politik“ auch unter Erhard gewahrt werde, bevor er zu seinem eigentlichen Thema, den Vorbereitungen für die Bundestagswahl 1965, kam.⁹⁸ Obwohl anwesend, nutzte Erhard erstaunlicherweise die Gelegenheit nicht, dem Vorstand seine Vorstellungen dazu zu vermitteln.

Den Kampf um das Kanzleramt hatte Adenauer verloren, aber Erhard errang einen Pyrrhussieg. Einer uneingeschränkten Unterstützung durch den Parteivorsitzenden und durch die Partei, zu der er keinen engeren Kontakt suchte und in der er auch keinen breiten Rückhalt fand, konnte er sich nicht sicher sein. Gewiß wäre es für ihn schwierig gewesen, Adenauer in der Führung der CDU abzulösen und Kanzlerschaft und Parteivorsitz in Personalunion zu vereinen. Die Partei aber überspielen zu wollen und als „Volkskanzler“ nur auf die Zustimmung der Bevölkerung zu setzen, war ein schwerer taktischer Fehler in der Parteiendemokratie der Bundesrepublik. Die Konsequenz war, daß er ohne den Rückhalt in der Partei als Bundeskanzler nicht zur „Entfaltung“ kommen konnte.⁹⁹

Während der Kanzlerschaft Adenauers tagte der Bundesvorstand in der Regel im Palais Schaumburg, dem Amtssitz des Bundeskanzlers. Die Parteizentrale in der Bonner Nassestraße, die er mied, hätte für das große Gremium auch keinen Platz

95 Nr. 9 S. 413.

96 Vgl. NZZ vom 8. Dezember 1962.

97 Vgl. dazu KOERFER S. 741–746.

98 Nr. 10 S. 442.

99 Vgl. Karl CARSTENS: *Erinnerungen und Erfahrungen*. Hg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoedel (Schriften des Bundesarchivs 44). Boppard 1993 S. 796.

geboten.¹⁰⁰ Die CDU war eben die Partei des Kanzlers, die Leitung ihres Vorstands fast eine Angelegenheit und Fortführung der Arbeit des Regierungschefs. Erhard setzte diese Tradition nicht fort; bis auf eine Ausnahme¹⁰¹ lud er nie ins Bundeskanzleramt ein. Dies lag sicher nicht allein daran, daß er nicht Parteivorsitzender war und somit den Tagungsort und auch die Tagesordnung der Sitzung bestimmen konnte – er versuchte auch gar nicht, darauf Einfluß zu nehmen. Den Vorstand als wichtiges Herrschaftsinstrument zu betrachten, mit dessen Hilfe er auf die Partei einwirken und ihren Kurs bestimmen konnte, kam ihm nicht in den Sinn.

Hatte Erhard schon immer unregelmäßig an den Bundesvorstandssitzungen teilgenommen, sah er sich zu einer prinzipiellen Änderung seiner Haltung auch nicht veranlaßt, als sich ihm nach dem Verzicht Adenauers auf eine Kanzlerschaft für die gesamte Legislaturperiode die Chance bot, durch permanente Präsenz das Parteigremium für sich einzunehmen und seine Mitglieder hinter sich zu scharen. Als „Volkskanzler“ suchte er mehr die Bürgernähe als die Verbundenheit mit der Partei. Auch nachdem er Kanzler geworden war, nutzte er die Plattform dieses Gremiums unzureichend, um seine mit dem Kanzleramt gewonnene Position in der Partei geltend zu machen. Die Teilnahme an den Sitzungen, die ja nach wie vor der Parteivorsitzende leitete, war ihm wohl eher eine lästige Pflichtübung. Die Sitzung am 25. Februar 1964 verließ er schon mittendrin, obwohl gerade die Diskussion um die Sozialreform seiner Regierung außerordentlich kontrovers verlief. An der letzten Vorstandssitzung, die ganz dem bevorstehenden Bundestagswahlkampf gewidmet war, nahm er erst gar nicht teil, obwohl – wie Adenauer eingangs bemerkte – „die ganze parteipolitische Situation sehr schwierig“ war.¹⁰² EMNID sah zu diesem Zeitpunkt die Union noch immer vier Prozent hinter der SPD zurück.

Der Wechsel von Adenauer zu Erhard, den Dufhues als „tiefen Einschnitt“ bezeichnete¹⁰³, änderte am äußeren Ablauf der CDU-Vorstandssitzungen nur wenig. Allerdings gab nun Erhard – sofern er anwesend war – den einleitenden Bericht zur Lage ab. Adenauer ließ es sich aber nicht nehmen, die Ausführungen seines Nachfolgers zu ergänzen¹⁰⁴ oder gar eine Art Koreferat zu halten¹⁰⁵. Hintergrundinformationen erhielt der „Nebenzkanzler“¹⁰⁶ vornehmlich von den Bundesministern Heinrich Krone, Paul Lücke, Theodor Blank, Bruno Heck, vor allem aber von Horst Osterheld¹⁰⁷, dem Leiter des außenpolitischen Büros im Kanzleramt seit 1960. Vom regelmäßigen

100 Zur Bundesgeschäftsstelle vgl. KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 205 f., 259–261.

101 Am 27. November 1964.

102 Nr. 20 S. 906.

103 Nr. 11 S. 507.

104 Vgl. Nr. 13.

105 Vgl. Nr. 14.

106 HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 61; vgl. auch KÖHLER S. 1222 f.

107 Dr. Horst Osterheld (1919–1998), Jurist; seit 1951 im Auswärtigen Amt, 1960–1969 Leiter des außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, 1969–1971 Botschafter in Chile, 1979–1984 Ministerialdirektor im Bundespräsidialamt.

Informationsfluß war er jedoch abgeschnitten und konnte als Nur-Parteivorsitzender auch entsprechend kaum mehr Einfluß auf das Regierungshandeln nehmen.

Adenauer hatte als Vorsitzender und Bundeskanzler seine Berichte zur Lage stets genutzt, die Entwicklung der letzten Wochen und Monate, seine Einschätzung dazu und die Leitlinien seiner Politik in klar strukturierter, holzschnittartiger Form darzulegen. Er erklärte nicht, daß etwas getan worden war, sondern warum. Er war ein Meister der Kunst der Vereinfachung und der einprägsamen Formulierung, bei aller Kenntnis unzähliger Fakten¹⁰⁸ und Details. Dies konnte bei vordergründiger Betrachtung den Eindruck erwecken, sein politisches Sichtfeld habe sich nicht nur, „was die Weltpolitik, sondern auch was deutsche Existenzprobleme anbelangte“, im hohen Alter zunehmend verengt.¹⁰⁹

Vorrangig waren in seinen Berichten stets Grundfragen der Außen- und Sicherheitspolitik, die sowjetische Bedrohung, der Schutz der Bundesrepublik durch das atlantische Bündnis, sein innerer Zusammenhalt und die Aussöhnung und Freundschaft mit Frankreich. Und nicht zuletzt die Frage der Wiedervereinigung: Sie „darf nicht bei uns einschlummern, unter gar keinen Umständen, aber man sollte auch vor übertriebenen Hoffnungen warnen“.¹¹⁰ Nach seinem Ausscheiden als aktiver Gestalter der Politik verband er seine Beiträge immer häufiger mit dem Hinweis auf die jüngste deutsche Vergangenheit, die zur Klarheit und Stetigkeit in der Politik verpflichtete. Auch die Aussichten seiner Partei für die bevorstehenden Wahlen waren ein immer wiederkehrendes Thema, wobei er besonderen Wert auf das „soziale Gebiet“ legte, nicht nur, um der SPD das Wasser abzugraben, sondern aus innerer Überzeugung.¹¹¹ Wie seit 1950 blieben seine Ausführungen vor dem CDU-Vorstand darauf angelegt, die aus allen Landesverbänden angereisten Mitglieder auf eine einheitliche Linie einzuschwören und sie als Multiplikatoren für die Gesamtpartei einzusetzen.

Ganz anders Ludwig Erhard, der erstmals am 12. November 1963 einen Lagebericht abgab. Kein machtbewußter Parteipolitiker führte hier das Wort. Aufschlußreich für sein Verhältnis zur Macht war eine Rede vom 15. Januar 1962 in St. Gallen, bei der er äußerte: „Die Macht ist in meinen Augen immer öde, sie ist gefährlich, sie ist brutal, und sie ist im letzten Sinne sogar dumm“¹¹². Er war kein Parteiführer. Sein Talent zur Leitung großer Gremien, zur Lenkung und Strukturierung von Sitzungen war gering ausgeprägt.¹¹³ Er neigte vielmehr zu breiten, wenig pointierten Ausführungen, die klare Positionierungen, echte Alternativen und Entscheidungen – an denen man sich

108 „Ich habe absichtlich keine Einzelheiten vorgetragen“, Nr. 4 S. 177.

109 So Eugen Gerstenmaier, zit. nach KOERFER S. 437.

110 Nr. 20 S. 912.

111 Nr. 14 S. 638.

112 Nach KOERFER S. 619.

113 Bei der Kabinettsitzung am 23. Januar 1962 zeigte sich, wie chaotisch eine Sitzung unter dem Vorsitz des Vizekanzlers verlief, wenn die straffe Führung Adenauers fehlte, der wegen eines Herzinfarkts das Bett hüten mußte (KOERFER S. 620 f.)

hätte reiben können – vermissen ließen, so daß die Vorstandsmitglieder ohne eine eindeutige Standortbestimmung eher verwirrt und ratlos in ihre Regionen zurückkehrten. Seine außenpolitischen Ausführungen blieben unklar – sie täuschten Harmonie vor, wo handfeste Differenzen bestanden; sie überdeckten Kontroversen, die mit Händen zu greifen waren, und bewegten weder die Gemüter, noch regten sie die Phantasie an, noch lenkten sie die Parteiführer in eine einheitliche Richtung, sondern hinterließen oft nur diffuses Unbehagen. Kurz: Den Ausführungen Erhards fehlte die scharfe und klärende Konturierung, vor allem auch in der parteipolitischen Auseinandersetzung, die Adenauer mit seinen Berichten so erfolgreich praktiziert hatte.

Symptomatisch verlief die Sitzung am 25. Februar 1964. Nach Erhard, der in seinem Bericht zur Lage das Geschehen der letzten Wochen – wie stets ohne klare Pointierung – referiert hatte, stellte Adenauer in einem Koreferat den „Charakter unseres Parteivorstandes“ und seinen Einfluß auf die Regierung heraus, der „insbesondere bei wichtigen Situationen der Politik unterrichtet wurde und dann maßgeblich mitgesprochen hat“. Denn jede Regierung müsse „das innere Bedürfnis haben, ihre Verantwortung auf eine breite Grundlage zu legen“¹¹⁴ – eine subtile Kritik an der Art und Weise, wie Erhard seine Lageberichte anlegte. Schließlich ging er konkret auf die außenpolitische Situation ein – „der Herr Bundeskanzler Erhard nimmt mir das nicht übel“¹¹⁵ –, akzentuierte die von Erhard angesprochenen Themen und gab damit der folgenden Diskussion eine klare Struktur. „Ich bitte Sie, die Dinge möglichst einfach zu sehen“.¹¹⁶

Je näher die Bundestagswahl rückte, desto eindringlicher wurden die Appelle zur Einigkeit und Geschlossenheit der zerstrittenen „Staatspartei“.¹¹⁷ Kohl hielt von Einigkeitsproklamationen in der Öffentlichkeit herzlich wenig. Denn „je mehr wir das Thema ansprechen, um so weniger wird es uns geglaubt ... Wenn wir aber tatsächlich die Einigkeit vorleben, ist es viel besser“¹¹⁸. Er wußte, warum er dies sagte. Denn die Uneinigkeit über die Außenpolitik war auch durch Proklamationen der Einigkeit nicht zu überdecken. Ebenso wenig herrschte Einigkeit in den wesentlichen innenpolitischen Fragen. Das Scheitern des Sozialpakets war nur ein Indiz dafür. Auch über die Haushaltsprobleme, über die Fragen, wie mit dem Problem der Verjährung von NS-Verbrechen umgegangen oder wie den Studentenprotesten begegnet werden sollte, und nicht zuletzt über die Zukunftsaufgabe des Deutschen Gemeinschaftswerks wurde bis zur letzten Sitzung vor den Wahlen kontrovers diskutiert. Und dabei hatte der Vorsitzende schon im April 1963 seine Parteifreunde auf den Wahlkampf mit der Bemerkung eingestimmt, „daß wir, wenn wir im Jahre 1965 nicht wieder die Mehrheit bekommen, um die Entwicklung des deutschen Volkes werden fürchten

114 Nr. 14 S. 616 f.

115 Nr. 14 S. 621.

116 Nr. 14 S. 621.

117 Vgl. dazu HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 57–64.

118 Nr. 20 S. 934.

müssen“¹¹⁹. Noch Anfang Februar 1965 meinte er, die bevorstehende Bundestagswahl werde die schwerste sein, „die wir bisher gehabt haben“, und appellierte an den Kampfeswillen seiner Partei.¹²⁰ Die Chancen für einen Wahlsieg standen trotz der Rückschläge bei Landtags- und Kommunalwahlen im Verlauf der Legislaturperiode und trotz der innerparteilichen Querelen nicht schlecht. Die Demoskopie sah Anfang Juni die Union erstmals vor der SPD. Die „Testwahl“ im Saarland¹²¹ bescherte der Union einen Stimmenzuwachs von 6,1 auf 42,7 %; allerdings hatte auch die SPD beträchtlich zugelegt (von 30,0 auf 40,7 %).

* * *

Die Einrichtung der Edition folgt den für die bereits veröffentlichten Bände der CDU-Vorstandsprotokolle gegebenen Regeln¹²²; sie brauchen deshalb nicht im Detail wiederholt zu werden.

Wesentlich ist: In die Kopfregeisten sind in der Regel nur die Sprecher aufgenommen. In eckige Klammern wurden jene Teilnehmer gesetzt, die zwar nicht selbst das Wort genommen haben, wohl aber als Anwesende erwähnt oder begrüßt worden sind.

Die Texte beruhen ausschließlich auf der im ACDP archivierten Protokollserie. Die Protokolle sind wörtlich und ungekürzt abgedruckt. Nur in einigen marginalen Fällen, wie z. B. bei unvollständigen Sätzen, sind Ergänzungen angebracht worden; diese sind in jedem Fall durch eckige Klammern ausgewiesen. Offenkundige Hör- und Schreibfehler wurden stillschweigend berichtigt, fehlerhafte Orthographie, Grammatik und Interpunktion dem heutigen Gebrauch entsprechend korrigiert. War die Abweichung von der richtigen Schreibung (etwa bei Namen) allzu groß, weist eine Anmerkung („in der Vorlage“) eigens auf den Eingriff hin.

Die stenographischen Mitschriften entsprechen sicher nicht in allen Nuancen jedem tatsächlich gesprochenen Wort, was den Wert der Quelle aber in keiner Weise mindert.

Die Kurzbiographien in den Anmerkungen beruhen im wesentlichen auf den Angaben der biographischen Nachschlagewerke und Handbücher; ein Nachweis im Einzelfall ist nicht geführt. Wenn die Vita einer Person im ersten, zweiten oder dritten Band der Vorstandsprotokolle bereits ausführlich behandelt ist, werden im allgemeinen nur noch Mandate oder Funktionen erwähnt, die der Betreffende zum Zeitpunkt der vierten Legislaturperiode, die dieser Band umfaßt, innehatte; ansonsten ist auf die bereits vorliegenden Bände unter dem Kurztitel PROTOKOLLE 1, 2 bzw. 3 verwiesen.

Literaturangaben sind bewußt sparsam zitiert worden, da nach aller Erfahrung zeitgeschichtliche Literatur recht schnell überholt ist. Auch ist nicht in jedem

119 Nr. 10 S. 444.

120 Nr. 18 S. 808.

121 Am 27. Juni 1965.

122 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. XXIV–XXVII.

Einleitung

Einzelfall der Hinweis auf die Memoiren von Adenauer erfolgt, der bei deren Niederschrift die Vorstandsprotokolle intensiv benutzt hat. Gleiches gilt für die Bände der „Teegespräche“ Adenauers mit seinen, den Formulierungen in den Lageberichten der Vorstandssitzungen oft fast identischen Ausführungen, vornehmlich zur Außenpolitik.

Im Literaturverzeichnis schließlich finden sich nur die in den Anmerkungen mehrfach erwähnten Titel, während nur einmal zitierte Veröffentlichungen im jeweiligen Zusammenhang mit der vollständigen bibliographischen Angabe nachgewiesen sind.

* * *

Die Arbeit an dieser Edition konnte in den vergangenen Jahren keineswegs kontinuierlich, sondern gewissermaßen nur nebenher geleistet werden. Insofern bin ich den Mitarbeitern des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, insbesondere Frau Sabine Lecnek und vor allem Frau Ricarda Hoppenstedt für ihr anhaltendes Engagement bei den Vorarbeiten für die Kommentierung und die sachgerechte Aufarbeitung der Texte und Anmerkungen zu besonderem Dank verpflichtet. Frau Hoppenstedt besorgte zudem das Personenregister, Dr. Frank Müller erstellte das Sachregister. Zu danken habe ich auch den Leitern und Mitarbeitern zahlreicher Institutionen und Archive für die kollegiale Unterstützung. Dank gebührt ebenfalls Herrn Professor Dr. Hans-Otto Kleinmann für fachlichen Rat und nicht zuletzt Herrn Professor Dr. Rudolf Morsey, der sich wieder der Mühe unterzogen hat, das umfängliche Manuskript kritisch durchzusehen.

Günter Buchstab